Freitag, den 23. September 1927

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 20 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Nr. 261. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zl. 6.—, jährlich Zl. 72.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Hof, links.
Tel. 36-90. Postscheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 1.30 bis 2.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 12 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

5. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** W. Rösner, Parzęczewska 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stoleczna 43; **Konstantynow** J. W. Modrow, Plac Wolnosci 38; **Ozorkow:** Amalie Richter, Neustadt 505; **Pabianice:** Julius Walta, Sienkiewicza 8; **Tomaschow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdunska-Wola** Johann Mühl, Szadkowska 21; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kilinskiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellego 20.

Die „Lodzer Volkszeitung“ vor dem Kadi.

Unser Schriftleiter, Stv. Ludwig Kuk, zu 200 Zl. Geldstrafe bzw. 2 Wochen Arrest verurteilt. — Die Forderung auf Vorladung der Zeugen Minister Skladkowski, Wojewode Jaszczolt und des Vorsitzenden der militärischen Organisationen Piontkowski wurde unberücksichtigt gelassen.

Gestern mittag fand vor dem Friedensgericht des 8. Bezirks (Vorsitzender Richter Bloch) der Prozeß gegen den Schriftleiter und verantwortlichen Redakteur der „Lodzer Volkszeitung“, Stadtverordneten Ludwig Kuk, wegen Veröffentlichung der politischen Notiz „Pilsudski wird konfisziert“ in Nr. 230 unseres Blattes statt.

Die Anklage wurde auf Grund der am letzten Montag vom Sejm für ungültig erklärten Verordnung des Herrn Staatspräsidenten vom 10. Mai 1927 (Pressedekret) und zwar auf Grund des Art. 1 erhoben. Der erwähnte Artikel lautet:

„Art. 1. Die Presse ist frei und unterliegt nur den in dieser Verordnung angeführten Beschränkungen.“

Bei Beginn der Verhandlungen stellte der Vorsitzende fest, daß der Vertreter des die „Lodzer Volkszeitung“ anklagenden Regierungskommissariats der Stadt Lodz nicht anwesend ist.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Wodzinski, erklärte:

Das Pressedekret bestehe nicht mehr,

da es doch am Montag vom Sejm abgeschafft worden ist. Zwar steht das Gericht heute auf dem Standpunkt, daß es noch keine Mitteilung über die Aufhebung des Dekrets erhalten habe, doch müsse man hier folgendes in Betracht nehmen: In Rußland verpflichtete ein Gesetz von dem Augenblick an, als das Amtsblatt mit dem abgedruckten Gesetz oder der abgedruckten Verordnung in den Händen des Richters war. Bei uns ist es anders. Das Gesetz verpflichtet von dem Augenblick des Abdrucks im Amtsblatt. Hört also auch zu verpflichten auf, wenn es im Amtsblatt abberufen wurde.

Nun handelt es sich aber in vorstehendem Prozeß darum, daß der angeklagte Redakteur Kuk nicht auf Grund eines Gesetzes zur Verantwortung gezogen wurde, sondern auf Grund einer Verordnung des Staatspräsidenten.

Die Verordnungen werden aber nur bedingungsweise erlassen.

Sie müssen dem Sejm zur Bestätigung unterbreitet werden. Bestätigt sie der Sejm nicht oder weist er sie zurück, so können sie nicht verpflichten, denn in diesem Sinne lauten die Vorschriften der Verfassung. Die in Frage kommende Verordnung, also das Pressedekret, wurde am Montag vom Sejm abgelehnt. Es besteht also nicht. Also fehlt die Grundlage, den Angeklagten zur Verantwortung zu ziehen.

Wenn das Gericht nun aber glauben sollte, daß eine abgelehnte Verordnung im Amtsblatt abgedruckt werden muß, damit die Gerichtsbarkeit offiziell Kenntnis von der Ablehnung des Dekrets erhält, so wäre diese Ansicht insofern falsch, als bereits ein Präzedenzfall in dieser Frage besteht. Dem Gericht ist es doch bekannt, daß vor diesem Pressedekret von der Regierung ein anderes erlassen worden war. Jenes erste Dekret wurde vom Sejm genau so abgelehnt wie das zweite vom 10. Mai l. J. Die Ablehnung jenes ersten Dekrets wurde

in keinem Amtsblatt bekanntgegeben.

Die Regierung schuf nur ein neues. Man kann also heute nicht auf dem Standpunkt stehen, daß für das zweite Dekret andere Formalitäten verpflichten als für das erste. Im übrigen hat der Sejmmarschall, um jede formelle Lücke auszufüllen, den Justizminister davon in Kenntnis gesetzt, daß das Dekret vom Sejm abgelehnt wurde.

Infolgedessen stelle ich den Antrag:

„Das Verfahren gegen den Redakteur Ludwig Kuk wird infolge der Abweisung des Pressedekrets durch den Sejm eingestellt. Gleichzeitig bemerke ich, daß eine ähnliche Verordnung zu bestehen aufgehört habe, obwohl der diesbezügliche Sejmbeschluß nicht im Amtsblatt abgedruckt war.“

Nach einer halbstündigen Beratung wurde

der Antrag des Verteidigers abgelehnt.

Das Gericht stellte sich also auf den Standpunkt, daß das Dekret noch immer verpflichte, obwohl es vom Sejm abgelehnt wurde.

Hierauf übersetzte der vom Gericht als Sachverständiger geladene Direktor des Deutschen Gymnasiums, Herr F. von Ingersleben, den erwähnten Artikel in die polnische Sprache.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Wodzinski ergriff das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Ich bitte von vornherein um den vollständigen Freispruch des Angeklagten.

Die Praktiken unserer Administrationsbehörden sind grundverschieden. Ich unterbreite hier dem Gericht eine Nummer der „Gazeta Poranna“, in der geschrieben steht:

„Diese Tatsachen stellen das polnische Volk in die Reihe von Idioten.“

Der heutige Prozeß ist etwas Sonderbares in der administrativen Praxis. In Warschau wurde die „Gazeta Poranna“ für den Abdruck dieses Satzes aus der Rede Pilsudskis in Kalisch nicht konfisziert, in Lodz aber konfisziert man dafür die „Lodzer Volkszeitung“.

Hohes Gericht! Zwar kann ein Verteidiger nicht gleichzeitig Zeuge sein. Aber erwähnen möchte ich, daß **ich Augenzeuge dessen war und mit meinen eigenen Ohren in Kalisch gehört habe, daß Marschall Pilsudski in seiner Rede diese Worte gebraucht hat,**

deren Abdruck durch den angeklagten Redakteur Kuk hier dazu geführt haben, daß Redakteur Kuk auf der Anklagebank sitzt. Ich bitte, wenn das Gericht sich überzeugen will, ob diese Worte vom Marschall ausgesprochen wurden, drei Zeugen vorzuladen, die ebenso wie ich auf der Tagung waren und die Rede des Marschalls gehört haben. Es sind dies:

1) Innenminister Skladkowski, wohnhaft im Innenministerium in Warschau;

2) Wojewode von Lodz Jaszczolt, wohnhaft im Wojewodschaftsgebäude in Lodz, und

3) Hipolit Piontkowski, wohnhaft in Lodz, Cegielnianastraße Nr. 41.

Marschall Pilsudski hat diese Redewendung gebraucht, als er von dem polnischen Magnaten Sulowski sprach, der, selbst steinreich, 250 Dukaten jährlich Gehalt von der zaristischen Kaiserin Katharina bezog. Uns, sowohl den Angeklagten wie das Gericht und die Verteidigung, interessiert nicht, was die offizielle Agentur „Pat“ über die Rede Marschall Pilsudskis veröffentlichte.

Das Regierungskommissariat behauptet, der Artikel in der „Lodzer Volkszeitung“ könne die öffentliche Ruhe gefährden. Kann denn, darf denn, Hohes Gericht, das Regierungskommissariat gegen seine vorgesetzte Behörde eine derartig scharfe Kritik üben? Gefährdung der Ruhe? Darf es in einem rechtmäßig regierten Staate denn überhaupt möglich sein,

daß ein Regierungskommissariat behauptet, die Rede des Staatschefs, des Marschalls Polens, werde die öffentliche Ruhe gefährden?

Denn wenn die Wiederholung dessen, was gesagt wurde, die öffentliche Ruhe gefährden kann, so doch erst recht das Gesagte! Und wollte der Marschall die Ruhe gefährden? Er, als Regierungschef? Doch ganz gewiß nicht! Also konnte die Wiederholung des Satzes dies doch ebenfalls nicht bewirken.

Jetzt der letzte Satz des Artikels. Kann der Satz: „Wir kommen noch dazu, daß uns unser Dziadek konfisziert wird“ die öffentliche Ruhe stören? Glaubt denn das Regierungskommissariat oder irgend jemand in Polen daran, daß der Marschall so schwach sein werde, er, der seine Stärke unzählige Male bewiesen hat, daß er sich konfiszieren lassen wird? O, nein! Das glaubt niemand. Denn Pilsudski würde sehr schnell mit den Leuten abrechnen, die dies wollten. Wenn es also niemand in Polen glaubt, so ist es unrichtig, anzunehmen, daß ein derartiges Wort die öffentliche Ruhe stören könnte.

Ich wiederhole, daß es ein Unding wäre, jemanden im Staate zu bestrafen, weil er wiederholt hat, was der Staatschef, der Marschall Polens, öffentlich gesagt hat.

Wenn also das Gericht auf dem Standpunkt stehen sollte, daß in dem besagten Artikel Anzeichen eines Vergehens vorhanden seien, so wiederhole ich meine Forderung nach Vorladung der Zeugen: Minister Skladkowski, Wojewode Jaszczolt und Piontkowski.

Ich bitte um den Freispruch des Angeklagten.“

Hierauf erteilte der Richter dem Angeklagten das Wort zu dem sogen. letzten Wort. Stv. Kuk führte aus:

„Ich möchte dem Gericht vor der Urteilsfällung vor Augen führen, daß ein nicht unbedeutender Faktor bei jedem Urteilsspruch wohl die Tatsache sei, welche Absichten das Blatt mit der Veröffentlichung einer Publikation hatte. Ich will unterstreichen, daß die „Lodzer Volkszeitung“ das Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ist, also einer Partei, die als erste Losung ihrer Tätigkeit den

Völkerfrieden und die Gerechtigkeit für alle

setzt. Wir deutschen Sozialisten betrachten uns gleichzeitig als dasjenige Element in Polen, welches die

Brücke der Verständigung

ist zwischen zwei großen Völkern: dem polnischen und dem deutschen Volk. Daß wir von dieser Mission durchdrungen sind, beweist die Tatsache, daß wir am 16. Januar dieses Jahres anläßlich unseres 5jährigen Bestehens den

Präsidenten des deutschen Reichstages, Paul Löbe,

nach Lodz eingeladen haben. Präsident Löbe hat in Lodz gesprochen und hat in der Folge in Gesellschaft unserer Abgeordneten dem Sejm- und Senatsmarschall in Warschau offizielle Besuche abgestattet, die, das will ich hier aussprechen, befriedend auf die Beziehungen der beiden Völker gewirkt haben, denn kurz darauf war sogar von einem Besuch polnischer Parlamentarier in Deutschland die Rede.

Aus diesen Tatsachen geht wohl ganz klar hervor, was unsere Zeitung propagiert. Diese unsere Richtung wolle das Gericht berücksichtigen, wenn es erwägen wird, welchen Spruch es fällen soll. Ich bitte um vollständigen Freispruch.“

Nach dieser Rede erklärte Richter Bloch, daß das Urteil in zwei Stunden, also um 5 Uhr nachmittags, bekanntgegeben werde.

Aber erst um 7.30 Uhr erfolgte die

Verkündigung des Urteils.

Es lautete für den angeklagten Redakteur Ludwig Kuk auf

200 Zloty Geldstrafe oder 2 Wochen Haft

und Bezahlung der Gerichtskosten, Bestätigung der Konfiskation der Nr. 230 der „Lodzer Volkszeitung“ und Veröffentlichung des Urteils im „Monitor Polski“.

Nach der Verkündigung des Urteils erklärte der Verurteilte, daß er gegen das Urteil Berufung an eine höhere Instanz einlege.

Der Senat protestiert.

Senatsmarschall Trompczynski nennt das Vorgehen der Regierung eine Vergewaltigung der Verfassung.

Wie von uns in unserer gestrigen Nummer angekündigt, hat Senatsmarschall Trompczynski gestern an den Staatspräsidenten ein Protestschreiben folgenden Inhalts gesandt:

„Am 12. d. M. hatte ich die Ehre, während der gemeinsamen Visite mit dem Sejmmarschall gegenüber dem Herrn Staatspräsidenten festzustellen, daß das Dekret vom 9. September d. J., das den Senat zur außerordentlichen Session erst „vom 22. September“ einberuft, ein Verstoß gegen Art. 25 und 37 der Verfassung bedeutet. Und zwar habe ich festgestellt, daß der Senat ein unbedingtes Recht darauf hatte, die Arbeiten, die durch das Dekret vom 13. Juli unterbunden wurden, zwei Wochen nach der Ueberreichung des Antrages auf Eröffnung der Session, somit am 10. September, wieder aufzunehmen.

Demgegenüber ist heute, d. h. ehe der Senat zu einer Sitzung zusammentreten konnte, ein neues Dekret, datiert vom 20. ds. Mts., erschienen, auf Grund dessen die noch nicht begonnene Session des Senats auf 30 Tage vertagt wird, beginnend mit dem 22. September. Durch diesen Akt ist dem Senat das unbedingte Recht zur erneuten Aufnahme seiner Arbeiten vollständig widerrechtlich genommen worden.

Kraft des Art. 12 des Reglements des Senats lege ich im Namen des Senats gegen diese öffentliche Vergewaltigung des Art. 25 und 37 der Verfassung feierlichen Protest ein.

Trompczynski.“

*

Die Schließung des Sejm und Senats in nichts anders als ein Akt der Ratlosigkeit der Regierung, die angesichts des Fehlschlagens der Sanierung die Kritik fürchtet. Es ist einfacher den Gegner nach Hause zu schicken, wenn man die Macht dazu hat, als ihm in offenem Rededeull begegnen und ihm Rede zu stehen. Und von dieser Macht hat die Regierung Gebrauch gemacht. In aller Deutlichkeit zeigt es sich auch hier, daß Verfassungsfragen eben Machtfragen sind. Der Sejm hatte den guten Willen, wird man auch im Auslande deuten müssen, aus der verfahrenen Situation herauszukommen, die Regierung hat ihn daran gehindert. Denn mit Dekreten zu regieren ist keine Staatskunst und man hat sogar dafür ein berühmtes Wort geprägt, auf dessen Wiedergabe wir indessen verzichten. Dadurch, daß die Regierung auch jetzt versagt hat, sich auch nur 30 Tage Lebensfrist verlängert, ist das letzte Vertrauen zu ihr verschwunden.

Das gegenwärtige Regierungssystem steht und fällt mit Pilsudski. Mag das polnische Volk nach einem Jahrhundert der Teilung und Bedrückung heute noch nicht reif zur vollen Anwendung aller politischen Formen West- und Mitteleuropas sein — die Rückkehr zu gewissen Methoden russischer Generalgouverneure wird es erst recht nicht reifer dazu machen. Vielleicht beginnt man in den dreißig Tagen bis zum nächsten Zusammentritt des Sejm auch in den Regierungskreisen selbst einmal nachzudenken, wie weit man mit den bisherigen Methoden der Einschüchterung des Parlamentes gekommen ist. Sollte die Regierung jedoch von ihren Methoden nicht ablassen, dann wird sie nach 30 Tagen im Sejm dieselbe Situation vorfinden wie jetzt, doch wird die Opposition viel stärker sein, denn schon heute herrscht im Sejm Einstimmigkeit gegen die Regierung. Was die Opposition unternehmen wird, ist nicht klar ersichtlich, aber sie hat ein neues Argument in der Hand, die Regierung hat durch die Mißachtung der Verfassung die Demokratie zu Grabe getragen und der Diktatur den Weg geebnet.

Geheimbeschlüsse von Sejmklubs.

Die gestrigen der Regierung nahestehenden Abendblätter bringen die Nachricht, daß die Sejmklubs des „Piast“ und des Nationalen Volksverbandes in ihren Sitzungen neben den veröffentlichten auch mehrere sogenannte vertrauliche Beschlüsse gefaßt haben. So soll der Nationale Volksverband beschlossen haben, den Kampf gegen die Regierung durch das Volk aufzunehmen, durch Herbeiführung eines von der gesamten Oeffentlichkeit ausgedrückten Mißtrauensvotums für die Regierung.

Auch die Monarchisten gegen die Regierung.

Die Tagung der Konservativen in Dzikow eine private Zusammenkunft? — Sie verurteilen die Regierungsmethoden Pilsudskis.

(Von unserem Korrespondenten.)

Gestern beriet im Sejmgebäude der Sejm- und Senatsklub der Christlich-Nationalen Partei. Bei Beginn der Beratungen wurde über die vor kurzem auf dem Gute des Grafen Tarnowski in Dzikow stattgefundenen Tagung der Konservativen Bericht erstattet. Sen. Szulczynski und Prof. Ziulkowski erklärten, daß diese Tagung keinen politischen Charakter trug und daß sie lediglich als Gäste des Grafen Tarnowski in Dzikow weilten (?). Jedoch erklärten sie, in Dzikow sei in Privatgesprächen festgestellt worden, daß das gegenwärtige Regierungssystem zu keiner Besserung der Verhältnisse im Staate führen werde.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der sich der Klub der Christlich-Nationalen Partei in scharfen Worten gegen die Methoden der gegenwärtigen Regierung ausspricht.

Das Pressegesetz noch in Kraft.

Im Justizministerium fand eine Konferenz mit den Juristen statt, in der festgestellt wurde, daß das Pressegesetz, trotz seiner Ablehnung durch den Sejm, noch bis zur Veröffentlichung des Sejmbeschlusses im „Dziennik Ustaw“ verpflichtet.

Patrioten und Polizei.

Kampf der Polizei gegen eine Minderheitenschule. — Sprengung einer deutschen Veranstaltung.

In Koschentin warten 51 deutsche Kinder auf Eröffnung der noch immer widerrechtlich geschlossenen Minderheitsschule. Der Schulstreik dauert dort schon fast einen Monat, so daß die Kinder einschließlich der Sommerferien fast ein viertel Jahr keinen Unterricht mehr haben.

In der letzten Zeit haben Zwang und Drohung eingesetzt. Aber auch dies vermag nicht die deutschen Eltern von ihrem Entschluß abzubringen, die Kinder nur in eine deutsche Schule zu schicken. Mehrere Tage sind Polizisten von Haus zu Haus gegangen, um die in Frage kommenden Eltern zu veranlassen, ihre Kinder doch der polnischen Schule zuzuführen. Teilweise wurde sogar gedroht, die Kinder

mit der Kette gefesselt unter Polizeibedeckung

in die polnische Schule zu bringen. Heute laufen die Kinder fort, wenn sie von weitem einen Polizisten sehen.

In vielen Fällen hat man die Eltern von der Polizei vorgeladen, stundenlang ins Verhör genommen und gefragt, warum sie die Kinder in die deutsche und nicht in die polnische Schule schicken wollen. Hierbei fielen sogar Drohungen, daß man die Kinder in eine Zwangserziehungsanstalt bringen und die Eltern aus dem Staatsgebiet ausweisen werde.

Jeder vernünftige Mensch wird sich wundern, wie man die deutschen Eltern in so unsinniger Weise mit Drohungen, die noch dazu jeglicher rechtlichen Grundlage entbehren und auch niemals in die Tat umgesetzt werden können, einzuschüchtern versuchen kann. Vielleicht interessiert sich der Staatsanwalt für diese Angelegenheit und nimmt Veranlassung, diese Angelegenheit, die sämtliche Merkmale des § 240 Str. G. G. B. (Nötigung) enthält, zu untersuchen.

Banditen, die sich als Patrioten aufspielen.

Weißenhöhe (Bialosliwie), 22. September. Ein jähres Ende fand das Herbstvergnügen, das der deutsche Radfahrerklub „Victoria“ in den Räumen des Hotels Klotzbücher veranstaltete. Als das Fest in vollem Gange war, drangen gegen 1 Uhr nachts mehrere Polen, mit Messern und Gummischläuchen bewaffnet, in das Festlokal ein und hausten dort in unerhörter Weise. Die Festteilnehmer wurden in geradezu bestialischer Weise mißhandelt, so daß sie panikartig den Banditen das Feld räumen mußten. Der Wirt, der Ruhe stiften wollte, wurde ebenfalls mit einem mit Draht bewickelten Gummischlauch, an dem eine Messingschraube befestigt war, blutig geschlagen.

Nun begann das Zerstörungswerk. Tische, Stühle und Schränke wurden demoliert, die Fenster eingeschlagen und die Jalousien zerschnitten. Der Saal

stellte ein Trümmerfeld

im wahrsten Sinne des Wortes dar. Nachdem die Banditen die Schränke ausgeräumt, sich reichlich mit Zigarren, Zigaretten und Schokolade versorgt hatten, zogen sie von dannen. Auf der Straße wurden die Exzesse fortgesetzt. U. a. wurde ein Herr schwer verletzt, der an dem Vergnügen nicht teilgenommen hatte. In blinder Wut hieben die Leute auf einen Mann ein, der aus dem Fenster des Hotels auf die Straße gesprungen war, ohne zu merken, daß sie einen der ihrigen vor sich hatten. Als sie ihren Irrtum gewahr wurden, schafften sie den Schwerverletzten nach Hause.

Die Banditen machten sich schon abends im Restaurant auffällig zu schaffen, so daß der Wirt sich gegen 10 Uhr zur Polizei begab, um deren Intervention in Anspruch zu nehmen. Er mußte jedoch unverrichteter Sache wieder zurückkehren, da die Polizei nicht zu Hause war. Sie erschien erst, nachdem das Zerstörungswerk vollbracht war.

Ein polnischer Protest in Danzig.

Gegen die Aufführung des Films „Die brennende Grenze“.

(Von unserem Korrespondenten.)

Gestern übersandte der polnische Generalkommissar in Danzig an den Senat der Freien Stadt Danzig einen scharfen Protest gegen die Aufführung in den Danziger Kinos des Films „Die brennde Grenze“, der seinerzeit in Deutschland auf Grund eines Protestes des polnischen Gesandten in Berlin verboten wurde.

In Verbindung damit hat auch der Danziger Senat diesen Film verboten.

Rußland ist zur Regelung der Schulden bereit.

Moskau, 22. September. Der Vertreter des Außenkommissars, Litwinow, hat erklärt, daß zwischen der französischen und deutschen Delegation eine vollständige Einigung in Sachen der Rückzahlung der russischen Vorkriegsschulden erzielt worden sei. Die letzte Schwierigkeit bilde lediglich die Festsetzung der Höhe der Kredite, die Rußland von Frankreich erhalten soll. Die ssowjetrussische Regierung sei bereit, in den nächsten sechs Monaten in eine der Banken Frankreichs die Summe von 30 Mill. Goldfranken als erste Rate zur Tilgung der Vorkriegsschulden einzuzahlen. Litwinow unterstrich, daß der endgültige Text des Vertrages in Kürze festgestellt sein wird, worauf die Unterzeichnung des Vertrages zu erwaten sei.

Der Fall Rakowski.

Der Quai d'Orsay dementiert die Meldung des „Matin“.

Paris, 22. September. Die gestrigen Nachmittagszeitungen veröffentlichen die folgende Note des Quai d'Orsay: „Die detaillierten Angaben einiger Zeitungen oder Nachrichtenagenturen über die von der französischen Regierung dem französischen Botschafter in Moskau erteilten Instruktionen gehen von keiner offiziösen oder offiziellen Stelle aus. Sie können deshalb nicht für richtig gehalten werden.“ Der „Matin“ hatte, wie gemeldet, mitgeteilt, daß Frankreich zu dem russischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes nur Stellung nehmen könne, wenn man in Rußland eingesehen habe, daß es für Frankreich unmöglich sei, mit Rakowski irgendwie zu verhandeln und wenn Rußland Garantien für eine unbedingte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs gebe. Die mit deutlich erkennbarer Absicht gewählte provokatorische Form der Meldung des „Matin“ entsprach aber in keinem Falle den Wünschen des französischen Außenministers.



Rakowski

der Ssowjetgesandte in Paris, ist vorgestern in Moskau eingetroffen, um Tschitscherin über seine Tätigkeit zu berichten.

Die Sozialisten Frankreichs protestieren gegen einen eventuellen Bruch mit Rußland.

Paris, 22. September (ATE). Das Vollzugskomitee der französischen sozialistischen Partei nahm gestern eine Resolution an, in der gegen einen eventuellen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland protestiert wird. In der Resolution wird darauf hingewiesen, daß die Beziehungen mit Rußland im Jahre 1924 unter dem Drucke der öffentlichen Meinung aufgenommen wurden und ein Abbruch derselben im gegenwärtigen Augenblick eine Bedrohung des Friedens in Europa bedeuten würde.

Wahlkomitee der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Sonnabend, d. 24., und Sonntag, d. 25. September 1927, veranstalten wir im Zusammenhange mit den bevorstehenden Stadtratwahlen

5 große öffentliche Vorwahlversammlungen

in denen die Abgeordneten Artur **Kronig** und Emil **Zerbe** sowie die Kandidaten der Liste der D. S. A. P.: Ludwig **Kuk**, Reinhold **Klim**, **Hunker**, **Frinker**, **Ewald**, **Richter**, **Hayn** sprechen werden.

Die Versammlungen finden statt:

Am Sonnabend, den 24. September, um 7 Uhr abends, im Radogoszczer Turnverein, Breierastr. 14.

Am Sonnabend, den 24. September, um 7 Uhr abends, im Saale des Fabrikmeistervereins, Panskastr. 74.

Am Sonntag, den 25. September, um 10 Uhr vormittags, im Saale der P.P.S., (Koziny) Letnіastr. 1, Ecke Srebrzynska.

Am Sonntag, den 25. September, um 2 Uhr nachmittags, im Saale der P.P.S., Juliuszastr. 28.

Am Sonntag, den 25. September, um 2 Uhr nachmittags, im Saale der P.P.S., Nowo-Targowastr. 31.

Der Eintritt ist für jedermann frei! Wähler! Erscheint in Massen!

Die Stimmenzersplitterung

Der Appetit nach Erringung der Mandate läßt die Bildung immer neuerer Wahllisten zu.

Polnische Kopfarbeiter.

Neben der Sanacja und neben den Vereinigungen der polnischen Geistesarbeiter, die der N. P. R., Chadecja oder Endecja nachlaufen, besteht noch ein weiteres derartiges Komitee. Spitzenkandidat desselben ist Dr. Antoni Tomaszewski, zweiter Kandidat Frau Maria Wieckowska. Wahllosung dieser Gruppe ist das beliebte „Gegen die Parteien".

Auch die N. P. R.-Rechte unter der Maske.

Die N. P. R.-Rechte suchte sich als Maske die Benennung „Arbeiterblock" aus, wahrscheinlich, um der P. P. S.-Lewica in die Parade zu gehen, die einen „Arbeitereinheitsblock" propagiert. Die N. P. R.-Rechte stellt auf die Liste die Verbandssekretäre Kulczynski und Jakubowski sowie den bisherigen Stadtverordneten Palkowski. Stemberowski kommt weiter hinten, Bednarczyk wurde hier ebenso versteckt wie bei der „Deutschen Wahlverunreinigung" Weigelt und Rode. Ueberall will man also die vergilbten Schilder neu aufpolieren.

Die Unabhängigen und Dlugoszowski

der eine neue Partei (es sind doch immer neue Vereiner der Losung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" unter der Benennung „Wolnosc" fabrizierte, nennen sich „Block der sozialistischen Linken". Auch diese zwei Parteichen wollen das Wahlglück versuchen. (b)

Die Sanierer

verhandelten gestern wieder über den Zusammenschluß verschiedener Gruppchen. Auch hier soll die Bezeichnung „Block" das Fehlen von Anhängern der Liste ersetzen. Heißen soll er „Arbeiter- und Angestelltenblock".

Mieter und Untermieter.

Ein Herr Pawlowski möchte mit Hilfe der Mieter und Untermieter gern Stadtverordneter werden. Auch hier soll eine *eigene* Wahlliste die Arbeiterstimmen noch mehr zerschlagen. (b)

„Hitachduth".

Die jüdische zionistisch-demokratische Partei geht mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf. Die Partei führt bekanntlich der arbeitsfreudige Arzt, S. Schweig, an.

Der „zionistische Block"

ist noch nicht fertig, da die Zionisten noch Anschluß an verschiedene Gruppen suchen. Diesen „Block" soll Dr. Rosenblatt anführen. (b)

Die Monarchisten

veranstalteten gestern eine Vorwahlversammlung, die jedoch von vielen Gegnern der „Króliki" besucht war. Lärm und Geschrei machte die Führung der Versammlung unmöglich. Es kam Polizei, und die monarchistische Herrlichkeit war zu Ende. (R)

Die Techniker,

ein Beruf, der dem Chef möglichst nahe stehen will, haben sich dem Grohmann-Block angeschlossen. Der Block soll dem bisherigen Stadtverordneten und eifrigen Anhänger der Abtretung des Elektriztätswerks an die Schweizer (Batkowski ist in dem Werk angestellt) zu dem Stadtverordnetensessel verhelfen. (E)

Die Kandidatenliste des „Bund".

Vorgestern fand eine Sitzung des Wahlkomitees des „Bund" statt, auf der die Kandidatenliste aufgestellt wurde. An erster Stelle steht der Stv. Lichtenstein, an zweiter Stv. Poznanski und an dritter Stv. Milman.

Die „Deutsche Wahlvereinigung"

ihres geringen Einflusses wegen „Wahl*verunreinigung*" genannt, hat gestern in der „Freien Presse" (die „N. L. Ztg." scheint bereits die Lust verloren zu haben, die Besitzer des Konkurrenzblattes „Fr. Pr." in den Sattel zu heben) endlich die Gefahr erkannt, die ihr von der Grohmannliste drohen. Sie setzt sich mit dieser Liste auseinander, nennt sie Polonisatoren und wendet sich gegen die kleinen Wahlgruppchen (Benjamin schimpft auf Benjamin).

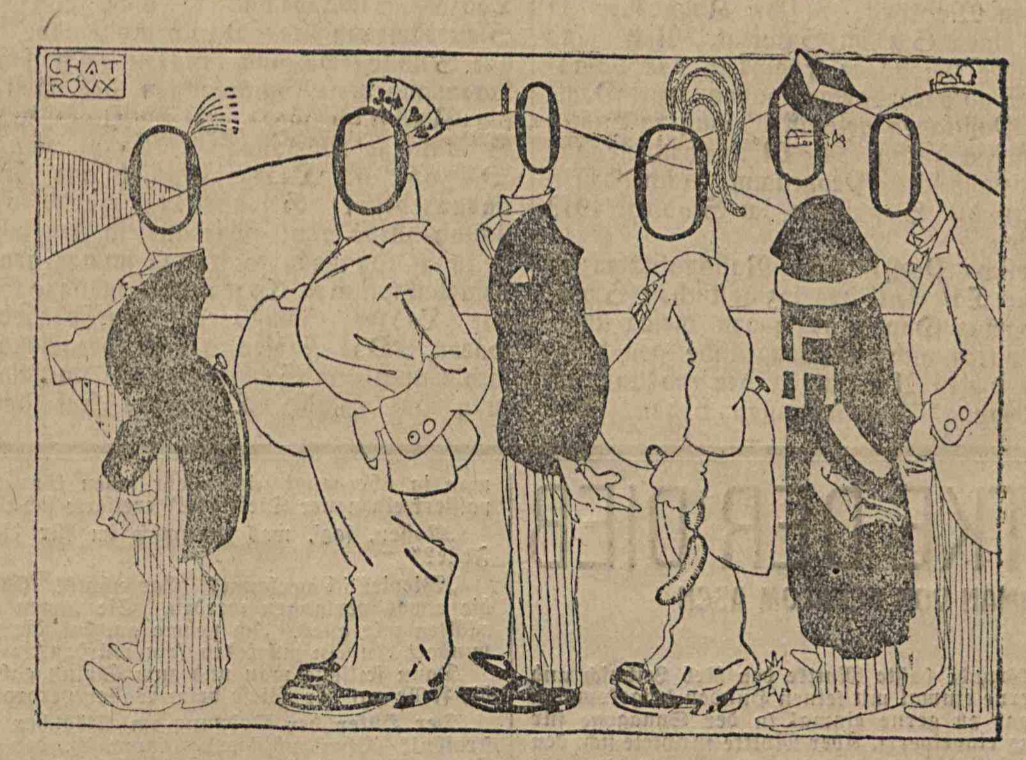
Dr. Mierzynski,
Vorsitzender des Freidenkervereins, ist aus diesem Verein ausgetreten. (b)

Die „Lodzer Volkszeitung"

gehört in jedes Haus, in jede Familie, besonders jetzt, wo es gilt, einen neuen Stadtrat zu wählen. Darum werbt für die „Lodzer Volkszeitung"!

Vorausgesagt.

In der April-Nummer dieses Jahres hat unser Redaktionswitzbold die nachstehende Karikaturzeichnung als Witz über eine neue Liste der Bürgerlichen veröffentlicht, mit der Aufschrift: „Schon wieder lauter Kapazitäten". Die jetzt bekanntgegebene Liste der „Wahlverunreiniger" beweist, daß unser „Jakobchen" vorausgeahnt hat. Nicht wahr?



So sehen sie doch auch jetzt aus, nachdem sie sich „gesucht" und gefunden haben?

Vereine • Veranstaltungen.

Gesangverein „Danysz". Am Sonnabend, den 24. d. M., um 8 Uhr abends, findet im Vereinslokal, Andrzeja 34, ein Bandoniumkonzert statt, wozu alle werten Mitglieder nebst ihren Angehörigen eingeladen werden. Auch sind Gäste herzlich willkommen.

Filmschau.

Kino Oswiatowe. „*Die Elenden*". Dritte und vierte Serie. Diese beiden und letzten Serien entsprechen ganz dem Geiste der ersten zwei Serien und sind ebenso lebendig gestaltet, mit dem Unterschiede, daß hier die Schlaglichter auf die inzwischen eingetretene französische Revolution fallen. Hier, wie in den erste Bildern, bietet der gleiche kernige Inhalt umfangreiches Denkmaterial. Nur ein dunkler Punkt, den wir hier vermerken wollen, weil er dem Idealisten eine Enttäuschung bringt. Jean Valjean, der Galeerensträfling, mit der qualvollen Vergangenheit und dem eisernen Willen, sollte versagen in einem Moment des großen Blutvergießens unter den Revolutionären, um den Willen der Massen auszuführen? Ein verbrecherisches Individuum zu beseitigen? Jedenfalls entspricht diese Szene nicht dem Geiste Viktor Hugos und ist ein Fehlgriff des Regisseurs. Dieses Individuum fand aber den Mut, um seinem verbrecherischen Leben selbst ein Ende zu bereiten. — Der Direktion des Kinos bringen wir hier die Unzufriedenheit des Publikums zum Ausdruck und machen sie für die verwerflichen Zustände verantwortlich. A. S.

Kurze Nachrichten.

Capablanka in der Schachweltmeisterschaft geschlagen. Im ersten Spiel um die Schachweltmeisterschaft in Buenos Aires verlor Capablanka gegen den Herausforderer Alechin nach 43 Zügen. Capablanka (Weiß) eröffnete französisch mit der Maroczy-Variation.

Notlandung in einer Straße. In Berlin mußte ein Passagierflugzeug der Deutschen Lufthansa plötzlich notlanden. Da das Tempelhofer Feld nicht mehr erreicht werden konnte, sah sich der Pilot gezwungen, auf der Flughafenstraße niederzugehen. Dabei wurde ein Laternenpfahl umgerissen und ein Stück mitgeschleift. Ein älterer Mann, der dort stand und die Landung der Maschine beobachtete, wurde leicht verletzt. Die Insassen des Flugzeuges kamen mit dem Schrecken davon.

Filchner lebt! Aus Peking wird amtlich gemeldet, daß der angeblich ermordete deutsche Forscher Filchner lebt und sich zehn Tage nördlich von Lahsa befindet.

Was der Wähler über die Lodzer Selbstverwaltung wissen muß.

Von L. Kuk,
Kandidat der Liste der D. S. A. P.

VI.

Die Tätigkeit des „sozialistischen" Stadtrats.

Wir haben in dem vorhergehenden Aufsatz nachgewiesen, daß von 1919 bis 1923 im Gebäude an der Pomorskastraße Nr. 16 und in dem am Freiheitsplatz die Sozialisten wohl einen bedeutenden Einfluß besaßen, aber nicht die erforderliche Mehrheit von wenigstens 40 Mandaten auf 75. Trotzdem wurde von der Lodzer Einwohnerschaft, besonders von der Rechtspresse ohne Unterschied der Nationalität, schon nach kurzer Zeit die Terminologie „sozialistischer Magistrat" geprägt. Die Sozialisten traten gegen diese Benennung nicht auf, denn sie brauchten sich der von ihnen geleisteten Arbeit nicht zu schämen. Sie wurden in ihren Beschlüssen, die auf eine Gleichberechtigung der völkischen Minderheiten hinzielten, von den Juden und Deutschen unterstützt, obwohl in Fragen der wirtschaftlichen Befreiung des werktätigen Volkes die besitzenden Juden sehr oft einen anderen Standpunkt einnahmen als die Sozialisten.

Die Deutschen fanden bei den Sozialisten fast vollständiges Verständnis für die nationalen Belange. Denn der Sozialist steht programmatisch auf dem Standpunkt, daß die nationale Verhetzung lediglich eine Waffe für die Reaktion ist, zu besserer Beherrschung des werktätigen Volkes. Daher war es sehr leicht, von den 25 polnischen und 8 jüdischen Sozialisten, plus 6 deutschen Stadtverordneten und einigen Magistratsmitgliedern, also von einer auf diese Weise zusammengestellten Mehrheit deutsche Abendkurse zu erlangen sowie einen Sitz im Schulrat. Nicht eine Geschicklichkeit oder besondere Fähigkeit der damaligen deutschen Stadtverordneten haben den Deutschen diese zwei Positionen geschaffen, sondern das in der ganzen Welt in bezug auf Minderheitenfragen gleichlautende sozialistische Programm, nach dessen Grundsätzen auch die Sozialisten im Stadtrat 1919 bis 1923 handelten.

Die bürgerliche Presse aller Nationalitäten ist in der Folge der Tätigkeit des sozialistischen Stadtrats zu einer scharfen Opposition gegen diesen übergegangen. Es waren nicht Beweggründe grundsätzlicher Natur, die diesen Umschwung der reaktionären „öffentlichen Meinung" hervorgerufen haben. Der Grund war einfach der, daß die Lodzer Rechtsgruppen den sozialistischen Magistrat bekämpften und dies nur deswegen, weil er eben eine Arbeitermehrheit besaß. Die Polnische Sozialistische Partei versuchte sich in Abwehrmaßnahmen durch die Schaffung einer polnischen Tageszeitung, die jedoch nach mehrmonatigem Erscheinen wieder wegen finanzieller Schwierigkeiten eingestellt werden mußte. In Lodz bewahrheitete sich damals mehr als sonstwo die Tatsache, daß die Zeitungen der Besitzenden vom Kapital abhängen. Und die allerschönste Wahrheit, die allerprächtigste öffentliche Tätigkeit eines Gegners des Kapitals wurde und wird unterdrückt, ja wird wissentlich entstellt und gefälscht, wie wir das schließlich als Deutsche auch jetzt bei den gegenwärtigen Stadtratwahlen in bezug auf die zwei deutschen bürgerlichen Blätter sehen.

Heute stehen die Dinge nicht viel besser. Aber eins ist eingetreten: Die deutsche werktätige Bevölkerung hat ihr Organ, in dem sie die unverfälschte Wahrheit vermitteln kann, die jüdische Arbeiterschaft hat ebenfalls schon ein Organ, allerdings nur ein Wochenblatt, und in der polnischen Gesellschaft ist neben dem „Lodzianin" auch eine demokratische polnische Tageszeitung bemüht, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

In diesen denkbar schlechtesten Verhältnissen mußte der sozialistische Magistrat seine Tätigkeit abwickeln. Er hatte vor allen Dingen mit materiellen Sorgen zu kämpfen, denn er wirkte während der Inflationszeit, in der bekanntlich selbst große Summen in kürzester Zeit verwässert wurden.

Wir haben in unseren vorhergehenden Aufsätzen darauf hingewiesen, daß 1919 bis 1923 die Selbstverwaltung eigentlich erst gezimmert wurde. Die Gesetzgebung war ungeregelt. Zwar hat die Lodzer Selbstverwaltung eine ganze Reihe von Steuergesetzen und Vorschriften über die Regelung der Selbstverwaltungstätigkeit geschaffen, doch unterlagen alle diese Schöpfungen der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde. Diese hatte wiederum einen Staat zu verwalten, in dem vieles ungeregelt war. Die von der Lodzer sozialistischen Stadtverwaltung ausgearbeitete Gesetzgebung wurde von der Aufsichtsbehörde nicht oder nur in den seltensten Fällen bestätigt, dagegen erschienen immer neue Gesetze allgemeinstaatlichen Charakters, in denen die Gedanken der Lodzer Selbstverwaltung verarbeitet worden waren. Das Fehlen der Steuergesetzgebung verursachte auch das Fehlen von Geldmitteln zur Verwaltung der Stadt. Trotzdem schuf der sozialistische Stadtrat aber Vorbildliches. Nichtsdestoweniger, daß er von seinen Vorgängern fast gar nichts geerbt hatte, denn zaristische Verwaltung gab der Stadt nichts und die erste Selbstverwaltung während der Okkupationszeit sehr wenig.

Wir hatten schon öfter Gelegenheit, von Regierungspersonen, auf Selbstverwaltungstagungen und bei anderen amtlichen Gelegenheiten zu hören: Die Sozialisten haben in Lodz für den polnischen Selbstverwaltungsgedanken vorbildlich gewirkt.

Was geschaffen wurde, wollen wir im nächsten Aufsatz sagen.

Englische Spionage in Rußland.

Mitteilungen des obersten Spionagerichters.

Der Vorsitzende des „Kriegskollegiums" des Obersten Gerichtshofes, Ulrich, veröffentlicht einen Artikel über das Verfahren gegen 26 englische Spione. Er schreibt u. a.: Das Gerichtsverfahren hat zur Feststellung des allgemeinen Schemas der Beschaffenheit des englischen Spionagesystems in der Ssowjetunion geführt und die Verbindungen aufgedeckt, deren sich die englischen Agenten bedienten. Mit der Leitung des Geheimdienstes im Baltikum werden der diplomatischen Vertretung Großbritanniens in Reval attachierte englische Offiziere betraut. Solche Offiziere waren Flottenkapitän Boyce, Oberst Michelson und zuletzt Kapitän Roß. Boyce und Roß hatten und haben in einer Reihe von Nachbarstaaten und -städten der Ssowjetunion ständige Vertreter oder Residenten, vornehmlich unter den russischen weißen Emigranten. Solche Residenten sind Bunakow in Helsingfors und Sokolow in Terioki. Diese Residenten erfüllen Spionageaufträge. Ihre Weisungen sowie Geld bezogen sie direkt von Boyce, Roß und anderen. Die Aufträge betrafen hauptsächlich die See- und Luftflotte der Ssowjetunion. Einige Aufträge waren rein provokatorischer Natur und verfolgten das bestimmte Ziel, auf Grund wissentlich falscher Informationen die Beziehungen der Ssowjetunion zu Deutschland zu diskreditieren. Zu diesen Aufträgen gehört der Auftrag, mit welchem Oberst Michelson den in dem Gerichtsverfahren zum Tode verurteilten Spion Goyer betraute, „die Feststellung Boyces, daß Deutschland auseinandergenommene Unterseeboote aus Stettin nach Leningrad versende, nachzuprüfen und Beweise dafür zu erbringen, daß zwischen dem Kommando der ssowjetrussischen und der deutschen Flotte bei den Manövern in der Ostsee 1924 eine Verbindung bestand und ein einheitlicher Aktionsplan festgelegt war".

MOTTKE DER DIEB

ROMAN VON SCHALOM ASCH

13

Aus diesem Grunde haßte Mottke den Reb Leibusch und wäre ihm gar gerne einmal mit seinen Hunden beigekommen und hätte ihn gar zu gerne einmal in der Synagoge für einen ganzen Tag eingesperrt. Aber Mottke fürchtete sich, den alten Gehilfen des Rabbiners anzugreifen. Nossen der Dieb hatte vor dem Alten auch Angst. Hinter dem Rücken schimpfte er zwar auf ihn, erschien aber Reb Leibusch auf dem Schlachthof, so begann er förmlich zu zittern. Und auch der alte Boruch und alle Fleischer benahmen sich genau so wie Nossen; so richtete sich Mottke ebenfalls danach. Aber er hoffte, daß auch für eine Abrechnung mit Leibusch die Zeit kommen würde.

Vorläufig beherrschte er die Stadt mit seinen Hunden [illegible] die Hunde taten alles, was er von ihnen verlangte. Sie [illegible] ihm wie einem König.

11.

Der blinde Perl.

Nur einen Menschen achtete Mottke, und nur von ihm nahm er sich ein Beispiel. Das war Nossen, der Dieb, der sich sein Brot damit verdiente, daß er im Schlachthof den geschlachteten Tieren das Fell abzog und ihr Fleisch nachher zum Verkauf in den Fleischerläden aufhängte. Seine Hauptverdienstquelle jedoch bildeten Diebereien. Nossen der Dieb lebte zusammen mit seiner Mutter in einem kleinen hölzernen Häuschen am Rande der Stadt, in der Nähe der „Schustergasse". Vor diesem Holzhäuschen zitterte das ganze Städtchen. Geschah irgendwo ein Diebstahl, verschwanden etwa Freitag abends ein paar silberne Leuchter vom Tisch oder wurde bei Leiser-Meier der Speicher erbrochen und stahl man ihm die Felle, die er da aufbewahrte — jeder Geschädigte ging vor allen Dingen zum Holzhäuschen.

In das Zimmer hineinzugehen, wagte kein Mensch, denn die Sache konnte sehr leicht mit einem Messerstich enden. Man ging nur händeringend vor dem Häuschen auf und ab und stöhnte und versuchte von Zeit zu Zeit einen Blick durch das verhängte Fensterchen zu werfen. Dann erschien Nossen sofort vor der Tür und fragte ganz harmlos:

„Was ist geschehen?"

„Nossen, denk' an Gott, hab' Mitleid mit meiner Frau und meinen Kindern! Gib mir meine Felle zurück."

„Felle? Wem hat man denn schon wieder Felle gestohlen? Was ist das alles jetzt in unserem Städtchen? Bald wird man ja überhaupt nicht mehr leben können! Jede Nacht passiert ein neuer Diebstahl!" ereiferte sich Nossen.

„Nossen, sag', was verlangst du für die Rückgabe der Felle?"

„Wieviel ich verlange? Gar nichts! Es sind die Diebe, die etwas verlangen werden. Sie kamen zu mir und erzählten mir alles. Ich nehme an, daß die Leute mit zweihundert Rubeln zufrieden sein würden."

Dann feilschte man und zum Schluß gab Nossen an, wo die Felle auf der Wiese beim Wasser vergraben waren.

Der Hüter der Ordnung im Städtchen war der Oberstrafknik (Oberlandjäger) Janowitsch, den die Juden am Orte „blinde Perl" nannten, weil er, wenn er wollte, genau so blind sein konnte wie die arme Frau Perl, die vor der Synagoge saß und bettelte. Er sah dann nicht, wenn ein Jude seinen Laden am Sonntag nach zwölf Uhr offen hatte und Geld einnahm; er sah nicht, wie mitunter von einem Bauernwagen ein Kalb verschwand, sah auch nicht, wenn man mitten am hellichten Tage die Pferde aus einem fremden Wagen ausspannte oder wie Nossens Bande des Nachts die Schlösser des Speichers aufbrach und die Kalbsfelle stahl. Er war dann der „blinde Perl" und sah nichts und hörte nichts.

Dieser Janowitsch sprach auch jiddisch und wenn einmal eine Revision bevorstand und der Kommissar die Gewerbescheine der Gewerbetreibenden nachprüfen wollte, teilte es Janowitsch ihnen stets im voraus mit. Man brauchte den „blinden Perl" im Städtchen genau so, wie man in einer anderen Beziehung einen Rabbiner oder ein Frauenbad brauchte. Er versöhnte stets die Streitenden.

Zeigte ein Jude einen anderen wegen Verkaufs einer geheim hergestellten Branntweinsorte an, so kam Janowitsch und erzählte es dem Angezeigten. Dann verriet der Angezeigte seinerseits den Anzeiger und bezichtigte ihn eines Handels mit Diebesgut. Nun nahm der „blinde Perl" von beiden ein entsprechendes Schmiergeld und — tsch! alles blieb still und nichts kam an die Oeffentlichkeit. Solange er das Regiment führte, war kein Jude vor Gericht oder überhaupt auf die Polizeiwache gekommen. Und als es einmal geschah, daß Perl der Hinterträger, wie man ihn nannte, den „blinden Perl" bei seinen Vorgesetzten wegen Bestechlichkeit anzeigte, beklagte sich Janowitsch zusammen mit den Juden beim Rabbiner und schrie auf jiddisch:

„Es ist doch unerhört! Daß ein Jude den anderen verrät! Gibt es denn etwa keinen Rabbiner in der Stadt, hundertzwanzig Jahre alt soll er werden! Wenn man sich über etwas zu beklagen hat, kann man doch zum Rabbiner gehen!"

Zwischen Nossen dem Dieb und dem „blinden Perl" herrschte schon seit langem Fehde und die beiden bekämpften sich still aber zäh. Genau so wie Nossen der Dieb hatte auch der „blinde Perl" eine ganze Räuberbande an der Hand, die die gestohlenen Sachen ihm übergab und ihn dann die Verhandlungen mit den Geschädigten führen ließ. Eine Bande machte der anderen Konkurrenz. Nach außen hin taten die beiden Anführer, Nossen der Dieb und der „blinde Perl" so, als herrsche zwischen ihnen das beste Einvernehmen.

Sie sprachen miteinander, tranken hin und wieder zusammen ein Fläschchen unverzollten Branntweins in der Schenke der Chane-Sore, hüteten sich aber wohl, ohne Zeugen zusammenzukommen, da sie befürchten mußten, daß dann einer oder der andere von ihnen dem „Freund" einen Messerstich versetzen würde. Und die Blicke, die sie sich gegenseitig zuwarfen, sagten alles zur Genüge. Sie hatten untereinander abgemacht, daß der eine sich in die Angelegenheiten des anderen nicht mischen sollte. So kam es, daß, wenn nachts ein Diebstahl passierte und der Geschädigte zum Hüter der Ordnung gelaufen kam, der „blinde Perl" nie zu Hause war: er versteckte sich einfach und ließ sich bis zur „Aufklärung" des Verbrechens nicht sehen ...

Dafür setzte aber jeder der „Führer" einem jeden der Mitglieder der fremden Bande so sehr zu, wie er nur konnte. Stieß Nossen der Dieb irgendwo auf der Straße auf irgendeinen Burschen aus der Bande seines Gegners, so ließ er den armen Teufel bestimmt nicht ohne tüchtige Tracht Prügel laufen. Und seitdem sich Mottke mit Nossen dem Dieb angefreundet hatte, wandte der „blinde Perl" ihm, dem „Hundekönig", seine besondere Aufmerksamkeit zu und ließ ihn an den Jahrmarktstagen nicht den Marktplatz betreten.

Ueberall, wo der „blinde Perl" den Jungen traf, schlug er ihn und verjagte ihn und wartete nur auf den Zeitpunkt, wo es ihm gelingen würde, mit ihm gründlich abzurechnen. Mottke beschwerte sich aber bei seinem Beschützer, dem Dieb Nossen, nicht darüber, denn er wußte erstens, daß diese Verfolgungen in der Ordnung der Dinge waren und begriff zweitens, daß er, Mottke, ein noch viel zu unbedeutender Junge sei, so daß der „Lehrer" sich seinetwegen schwerlich mit dem „blinden Perl" herumschlagen würde.

Aber vor diesem Nossen dem Dieb, der es soweit gebracht hatte, daß der „blinde Perl" vor ihm zitterte und ihm aus dem Wege ging, vor diesem Nossen empfand Mottke die größte Hochachtung. Er vergötterte ihn förmlich und war bereit, für den „Meister" ins Feure und ins Wasser zu gehen. Nossen der Dieb aber hatte seinerseits auch das Gefühl, daß der kleine Mottke ein geriebener Bursche war, den man einmal sehr gut gebrauchen könnte. So zog er ihn an sich heran, nahm ihn mit in sein „Holzhäuschen" und ließ ihn sogar dort schlafen.

(Fortsetzung folgt.)

Kritischer Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen.

Paris, 22. September (ATE). Die Verhandlungen Frankreichs mit den Vereinigten Staaten in Sachen des Handelsvertrages sind in ein kritisches Stadium getreten. Verschiedene Blätter berichten sogar von der Möglichkeit eines Zollkrieges zwischen beiden Staaten.

Die Arbeiten der Völkerbundsversammlung.

Genf, 22. September (Pat). Die Vollversammlung des Völkerbundes begann Donnerstag vormittag die Arbeiten über den Bericht des deutschen Delegierten Breitscheid über die Tätigkeit der internationalen Kommission der intellektuellen Zusammenarbeit. Der Berichterstatter wandte sich an die Delegierten mit dem Appell, sie mögen sich bei ihren Regierungen um die finanzielle Unterstützung des Pariser Instituts bemühen. Hierauf berichtete Senator de Brouckere (Belgien) über die Konferenz der Pressesachverständigen. Die Völkerbundsversammlung nahm neben diesem noch folgende Berichte zur Kenntnis: über die Bildung eines internationalen Verbandes zur Hilfeleistung bei Naturkatastrophen, über die Tätigkeit des Finanzkomitees des Völkerbundes sowie über eine eventuelle spätere Einführung des Systems der Proportion bei der Wahl der Ratsmitglieder.

Tagesneuigkeiten.

Die Plüschfabrikanten drohen. Vor einiger Zeit wandten sich die Plüschweber an die Fabrikanten mit der Forderung, die Löhne um 25 Prozent zu erhöhen. Die Forderung wurde damit begründet, daß die Löhne, da sie schon lange nicht aufgebessert wurden, bei der ständig steigenden Teuerung völlig unzureichend sind. Obwohl die Fabrikanten es selbst wissen, daß die Plüschweber unter sehr schweren Arbeitsbedingungen zu leiden haben und die „Löhne" nur Hungerlöhne sind, weigerten sie sich, auch nur mit den Webern zu verhandeln. Die Lohnforderungen wurden wiederholt und den Fabrikanten ein Termin gestellt. Doch der Termin verstrich und die Fabrikanten machten keine Anstalten, den Plüschwebern entgegenzukommen. Dieses zweimalige provozierende Verhalten der Fabrikanten führte dazu, daß die Plüschweber am 14. September die Arbeit niederlegten. Dies hatten die Herren Fabrikanten nicht erwartet. Sie glaubten, die Arbeiter würden sich weiter ausbeuten zu lassen, ohne auch nur aufzumucken. Die plötzliche Arbeitniederlegung hat die Fabrikanten derart in ein Durcheinander gebracht, daß sie in ihrer Kopflosigkeit nicht wissen, was sie tun sollen, um die Weber zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. In ihrer Wut vergaßen sie, daß, obwohl auch bei uns Diktaturgelüste herrschen, Polen doch noch nicht Mussolinien ist, wo man streikende Arbeiter ins Gefängnis wirft. So beklagen sie sich in einem Schreiben an die Wojewodschaft, an den Regierungskommissar und den Arbeitsinspektor, daß die Plüschweber eigenmächtig in den Streik getreten seien. Ja, ihr Herren Fabrikanten, glaubtet Ihr, daß der Arbeiter erst bei Euch um die Erlaubnis zum Streik nachsuchen wird? Sie würden da schön aussehen. Noch ist es in Polen nicht so weit, noch ist in Polen der Streik ein **legales** Verteidigungsmittel des Arbeiters! Ihr Herren Fabrikanten habt in Eurem Zorn einen falschen Weg eingeschlagen, als ihr in Eurem Brief an die Behörden Gift und Galle spiet gegen die Arbeiter, die doch nur durch ein legales Mittel, durch den Streik, für bessere Löhne eintraten. Auch von der Wut ist die Ankündigung diktiert, daß die Plüschweber, die bis zum 26. September die Arbeit nicht aufnehmen würden, sich als entlassen zu betrachten haben. Diese Drohung verfehlt bei den Plüschwebern den Zweck, denn diese sind fest entschlossen, den Streik bis zum Erfolge fortzusetzen.

Die Exportmöglichkeiten Lodzer Waren nach dem Nahen Osten. Wie wir bereits berichteten, hat der Konsul in Haifa, der ehemalige jüdische Abgeordnete Hausner, Lodz einen Besuch abgestattet und eine Reihe von Konferenzen mit Vertretern der hiesigen Industrie und des Handels abgehalten. Seinen Aufenthalt in Lodz benutzend, wandten wir uns an ihn, um uns über die Ziele seiner Lodzer Reise zu informieren. Herr Hausner erklärte uns, er sei nach Lodz gekommen, um Handelsbeziehungen anzuknüpfen und die Möglichkeit des Exports von Lodzer Waren nach dem Osten zu besprechen. Zur Ausgestaltung der Handelsbeziehungen mit Palästina, Aegypten und Syrien werde viel der Handelsvertrag beitragen, der im Jahre 1925 zwischen Polen und Palästina unter sehr günstigen Bedingungen abgeschlossen worden sei. Das Handelsministerium stehe dem Gedanken der Handelsbeziehungen mit Palästina sehr wohlwollend gegenüber, da dieses Land als Verbindungsland zwischen drei Kontingenten eine große Rolle spiele. Bis heute seien die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Palästina sehr gering gewesen, wofür als Beweis dienen könne, daß Palästina im letzten Monat insgesamt für 19000 Zloty Lodzer Waren eingeführt habe. Diese Zahl könne erheblich vergrößert werden und dies sei auch der Zweck seines Lodzer Aufenthalts. (i)

Direkter Güterverkehr Rußland - Polen. Vom 1. Oktober ab wird der direkte Güter- und Gepäckverkehr zwischen Rußland und Polen eröffnet. Es gelangen direkte Fahrkarten und Gepäckscheine auf den Strecken Wladiwostok—Warschau, Kiew—Warschau, Mandschuria — Stolbzy — Warschau, Minsk—Wilna—Grodno, Moskau—Baranowicce, Moskau—Posen, Charkow—Warschau usw. zur Ausgabe.

Zum Export nach den Vereinigten Staaten. In der nächsten Woche wird die Ankunft des Leiters der amerikanisch-polnischen Industrie- und Handelskammer, Herrn W. E. Lord, in Lodz erwartet, in dessen Begleitung sich der Handelsattache der polnischen Gesandtschaft in Amerika, Herr Raczynski, befinden wird. Es soll mit den Lodzer Exporteuren die Frage der Hebung der Ausfuhr von Textilwaren nach den Vereinigten Staaten besprochen werden, wobei an diesen Konferenzen auch die Vertreter der Textilindustrie teilnehmen werden, denen an eine Ausfuhr nach Amerika gelegen ist. (E)

Eine Automobilfabrik in Lodz? Vor einigen Tagen weilten Vertreter eines der größten Maschinen- und Motorfabriken-Konzerne Englands in Lodz, die mit Vertretern der Metallindustrie im Lodzer Bezirk die Frage der Erbauung einer Automobilfabrik bei Lodz besprachen. Die Engländer wollen sich mit 2 Millionen Pfund Sterling an diesem Unternehmen beteiligen. Es werden weitere Konferenzen stattfinden, um die Bedingungen zu präzisieren, unter welchen auch polnisches Kapital herangezogen werden könnte. (E)

Die Handelsangestellten gegen die Institution der vereidigten Buchhalter. Gestern hat der Verband der Handels- und Büroangestellten dem Finanzminister ein umfangreiches Memorial in der Angelegenheit der geplanten Gründung einer Institution der vereidigten Buchhalter zugehen lassen. Es wird darin auf verschiedene Mängel in dem diesbezüglichen Gesetzesentwurf hingewiesen. So sei es unerwünscht, daß sich die vereidigten Buchhalter, die doch in erster Reihe als Bücherrevisoren gedacht sind, auch mit der Buchführung in einzelnen Unternehmungen befassen und dadurch alte Angestellte vielleicht verdrängen. Die Fachverbände sind ferner gegen die Assistenten der vereidigten Buchhalter sowie gegen den Bildungszensus, der von der Behörde verlangt wird (Hochschulbildung). In der Denkschrift wird ersucht, daß alle Ernennungen zu vereidigten Buchhaltern im Einverständnis mit den Verbänden erfolgen mögen, um Erbitterung unter den Handelsangestellten zu vermeiden. (E)

Der Verband der Kleinkaufleute gibt den Besitzern von Strickereien bekannt, daß am Sonntag, den 25. d. M, um 10 Uhr vormittags, im Verbandslokale, Pertrikauer 82, lins im Hofe, 3. Eingang (Neubau), die endgültige Organisationsversammmlung zwecks Bildung eines eigenen Verbands, stattfindet. Zu der Versammlung werden alle Strickereibesitzer im eigensten Interesse zu erscheinen aufgefordert.

Die Lehrerschaft über das übergroße Lehrpensum. Zu Beginn dieses Schuljahres hat das Kuratorium des Lodzer Lehrbezirks die Instruktion erlassen, derzufolge freie Schulnachmittage einzuführen seien. Die Anordnung erregt bei der Lehrerschaft schwere Bedenken, da das Lehrprogramm durch die Einführung neuer Unterrichtsfächer, wie Hygiene, Rettungswesen und Gesang, in diesem Jahre umfangreicher als sonst ist. Es würde, wenn freie Nachmittage eingeführt werden, zu wenig Zeit übrig bleiben, um das vorgeschriebene Pensum zu erledigen. (E)

Die Registrierung des Jahrganges 1909. Heute haben sich vor der Registrierungskommission in der Traugutta 10 die jungen Männer des Jahrganges 1909 zu melden, die im Bereich des 3. Polizeikommissariats wohnen und deren Namen mit den Buchstaben E bis G beginnen, ferner diejenigen aus dem Bereich des 8. Polizeikommissariats mit den Anfangsbuchstaben N bis Sz. Morgen haben diejenigen zu erscheinen, die im Bereich des 3. Polizeikommissariats wohnen und deren Namen mit den Buchstaben H bis K beginnen, ferner diejenigen aus dem Bereich des 8. Polizeikommissariats, mit den Anfangsbuchstaben T bis ż. (i)

Deutsches Mädchengymnasium. Am 24. und 25. September d. J. findet in der Aula, Kosciuszko-Allee 65, eine Pilzausstellung statt. Der Sonnabend-Vormittag ist für die Schüler und Schülerinnen des Deutschen Gymnasiums vorbehalten, der Sonnabend-Nachmittag für die Jugend anderer Schulen. Am Sonntag von 12—6 Uhr ist die Ausstellung für das Publikum geöffnet. Am Sonntag, um 4 Uhr nachmittags, hält Herr Dr. Patzer einen erläuternden Vortrag über Pilze. Ein Besuch der Ausstellung ist zu empfehlen.

Eine lustige Schlemmerei und ihr Ende. Es war einige Minuten nach Mitternacht, als vorgestern ein junges Paar den Saal des Restaurants „Metropol" betrat. Nach einigen Verhandlungen mit dem Kellner bestellte „Er" ein gutes Menü und die beiden ließen es sich gut schmecken. Ganz plötzlich erhob sich der Mann jedoch und verließ eilends den Saal, worauf sich jedoch von seinem Tisch aus der Ruf erhob: „Haltet den Dieb, er hat mich bestohlen!" Den benachbarten Tischgästen gelang es, den vermeintlichen Dieb festzuhalten. Mittlerweile war auch ein Polizeigewaltiger erschienen, der die Taschen des Flüchtlings einer eingehenden Studie unterzog. Leider fand man trotz seines Sträubens in einer seiner Taschen die Geldtasche seiner lieben Tischgenossin und darin natürlich auch ihr Geld im Betrage von über 500 Zloty. Es stellte sich heraus, daß der Dieb Waclaw Kowalski heißt und daß die ehemalige Freundin namens Marjanna Lencka aus der Szlacheckastraße 1 in Karolew stammt. Kowalski wurde verhaftet. (i)

Blutschande. Der in der Nowo-Zarzewska 7 wohnhafte Juljan Domin meldete vor einiger Zeit der Polizei, seine Frau habe ihm nach 4jähriger Ehe die Mitteilung gemacht, daß sie von ihrem Vater Theodor Beyer vergewaltigt worden sei, als sie 14 Jahre alt war. Die Untersuchung der Polizei ergab die Richtigkeit dieser Angabe, so daß Theodor Beyer sich gestern vor Gericht zu verantworten hatte. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt. Der Angeklagte wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und Verlust der Rechte verurteilt. (i)

Messerhelden. In der Wilenskastraße in Karolew entstand gestern in den späten Abendstunden eine blutige Schlägerei. Die drei Gebrüder Guse saßen dort in einem Restaurant, es sich gemütlich machend, während in einem anderen Zimmer derselben Restauration ihr Schwager Sommer mit seiner Geliebten weilte. Sommer hatte vor einigen Jahren eine Schwester der Gebrüder Guse geheiratet, doch nach kurzer Ehe seine Frau wieder verlassen. Er zog damals zu seiner Geliebten. Gestern abend, als nun die drei Brüder ihren ehemaligen Schwager vor sich sahen, versuchten sie mit ihm anzubändeln. Sommer ließ sich jedoch keine Vorhaltungen gefallen und schlug auf die drei ein. Einer der Brüder zog darauf ein Messer und wollte auf Sommer eindringen, doch dieser entriß es ihm und verletzte einen der Angreifer. Darauf verließ er die Restauration und wollte sich nach Hause begeben, doch stellte sich einer der Brüder ihm in den Weg, von ihm Rechenschaft für die Tat fordernd. Die beiden anderen Brüder drangen plötzlich mit Messern auf ihn ein und brachten ihm mehrere Messerstiche bei. Auf die Hilferufe Sommers kam ein gewisser Grzegorzewski mit einem geladenen Revolver aus dem dort befindlichen Wahlkommissionslokal geeilt. Als er die bedrohte Lage Sommers bemerkte, schoß er in die Luft. Die durch den Schuß herbeigerufene Polizei nahm daraufhin alle vier Messerhelden fest und ließ sie nach der Krankensammelstelle bringen, wo ihnen allen ein Notverband angelegt wurde.

Großfeuer in der Umgegend. In der vergangenen Nacht brach im Dorfe Karpien, Gemeinde Brujce, Wojewodschaft Lodz, im Anwesen des dortigen Bauern Johann Karpia ein Brand aus, der durch die reiche Nahrung, die das Feuer in der Scheune fand, sich schnell ausbreitete. Die gesamten Getreidevorräte sind ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer griff auf die Wohnhäuser über, die in wenigen Minuten in ein Flammenmeer gehüllt waren. Auch die Nachbargebäude des Landwirtes Michael Cieplucha wurden von den Flammen ergriffen und ebenfalls ein Raub der Flammen. Mehrere Stunden hatten die vereinten Wehren der verschiedensten Ortschaften zu tun, um des Feuers Herr zu werden. Nur die umliegenden Häuser konnten vor dem wütenden Element gerettet werden, während die beiden Anwesen vollständig niederbrannten. Der durch den Brand verursachte Schaden wird von den Landwirten auf über 60000 Zloty angegeben. (i)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken: H. Epstein, Petrikauer 225; M. Bartoszewski, Petrikauer 95; M. Rosenblum, Cegielniana 12; Gorfeins Erben, Wschodnia 54; J. Koprowski, Nowomiejska 15.

„Teatr Popularny", Ogrodowastraße Nr. 18. Heute zum letzten Male: „Mąż z grzeczności". Morgen, Sonnabend, Premiere: „Teść". Anfang der Vorstellung um 8,20 Uhr abends, Schluß 10,30 abends. Am Sonntag, um 4 Uhr nachm. und 8,20 Uhr abends: „Teść". — Nächsten Mittwoch, den 28. September, findet eine Schülervorstellung statt, auf der „Królewski Jedynak" zu niedrigsten Preisen gegeben wird.

Städtisches Theater. Heute, Freitag, Premiere: „Panna Flute".

Von der Wanderausstellung heimischer Industrie im Helenenhof.

Trotzdem das Wetter nicht besonders günstig ist, erfreut sich die Ausstellung mit ihren vielen interessanten Sachen dennoch eines großen Zuspruchs. Unser Publikum scheint die Idee von der Hebung unsrer Industrie erfaßt zu haben. Die Ausstellung bleibt bis zum 16. Oktober in Lodz und will den Besuchern noch so manche Ueberraschungen bringen. So werden z. B. die Besucher an Sonntagen von 1—3 Uhr mittags gefilmt werden. Diejenigen, die die Ausstellung noch nicht besucht haben, denen allen ist zu empfehlen, dieselbe zu sehen.

Aus dem Reiche.

c. **Alexandrow.** Fußballwettspiel. Am letzten Sonntag trug die zweite Mannschaft des neugegründeten Sportvereins „Sparta" ihr erstes Wettspiel, und zwar gegen den jüdischen Klub „Siła" aus. Das Spiel endete mit 4:3 zugunsten der Debütanten. An demselben Tage fand noch ein zweites Wettspiel zwischen „Sokół"-Alexandrow und „Wicher"-Lodz statt, das die Gäste mit 4:2 gewannen.

— Turnfest. Der hiesige Turnverein veranstaltete am vergangenen Sonntag ein Wetturnen, an welches sich am Abend ein Tanzvergnügen für Mitglieder anschloß. Um 9,30 Uhr vormittags fand der eigentliche

Wettkampf (je 3 Uebungen am Reck, Barren und Pferd, Weitsprung, Kugelstoßen, 100-Meter-Lauf und eine Pflichtfreiübung) statt, zu dem die Turner in drei Riegen antraten. Das Resultat des Wettkampfes war: Oberstufe: Ernst Gendzior 192 Punkte, Gerhardt Stenska 171 P.; Mittelstufe A (für Fortgeschrittene): Alfons Becker, Alex. Hadrian und Karl Pfeiffer mit je 171 Punkten, Karl Salin 162 P.; Mittelstufe B: Siegfried Patzer 174 P., Ernst Müller 161, Emil Lehmann 153 Punkte, Siegfried Eisenak 150, Wilhelm Tepper 144, Artur Pfeiffer 141, Alfred Becker 136 Punkte. Für den Nachmittag waren Freiübungen angesetzt, die jedoch infolge des niedergegangenen Regens nicht ausgeführt werden konnten. Der Abend vereinigte die Mitglieder zu einem gemütlichen Beisammensein, zu dem das eigene Orchester unter Leitung des Herrn A. Kriese zur Unterhaltung aufspielte. Der Präses, Herr B. Hirsch, hielt eine Ansprache, in der er u. a. auf die Gründung des Sportvereins „Sparta“ hinwies und Unterstützung desselben versprach, könne doch der Turnverein viele Sportarten nicht betreiben, wie Fußball, Radeln usw. Bei den Klängen eines Tanzorchesters vergnügten sich darauf die Mitglieder bis in die späte Nacht hinein.

— Der Polyhymnia-Gesangverein begeht am kommenden Sonntag sein Sommerabschiedsfest, verbunden mit Sternschießen, Pfandlotterie, Liedervorträgen und Tanz, zu welchem die Feuerwehrkapelle aufspielen wird.

Warschau. Streik der Beamten der Diskontobank. Seit einigen Tagen streiken die Angestellten der Warschauer Diskontobank. Im Zusammenhang damit fand gestern eine Versammlung der Warschauer Bankbeamten statt, in der beschlossen wurde, die streikenden Kollegen moralisch und materiell zu unterstützen. Die niedrigste Zahlung für einen Bankbeamten muß 350 Zloty monatlich betragen. Die beschäftigten Bankbeamten beschlossen, sich in Höhe von 3 Prozent ihres Gehalts zugunsten der Streikenden zu besteuern. In einer angenommenen Entschließung wird festgestellt, daß trotzdem die Banken große Gewinne und Tantiemen erzielen, die Löhne der Angestellten klein sind.

Thorn. Wieder ein Flugzeug abgestürzt. Vorgestern stürzte auf der Jakobsvorstadt in Thorn ein polnisches Militärflugzeug System „Bulilla“ aus 400 Meter Höhe ab. Der Flugzeugführer Leutnant Tuchnowski war auf der Stelle tot, während das Flugzeug vollständig zertrümmert wurde.

Lemberg. Die Tochter mordet den Vater, der sie geschändet hat. Der Schauplatz eines furchtbaren Verbrechens war dieser Tage das Haus Ketrzynskistraße 18 in Lemberg. Früh morgens lief die Tochter des Wächters des genannten Hauses, Stanislawa Bemben, im Hemd aus ihrer Wohnung heraus, eine blutige Axt in der Hand haltend. An den Ort kam bald Polizei, die folgenden Tatbestand feststellte: die Stanislawa Bemben hatte mit ihrem Vater, den 52jährigen Witold Bemben, einen Streit. Im Verlaufe desselben zog sie einen Revolver und gab auf ihren Vater zwei Schüsse ab, die jedoch nicht tödlich waren. Hierauf ergriff sie eine Axt und versetzte ihrem Vater 5 Hiebe, wobei die Mutter und der Bruder der Mörderin den Bemben im Bett festhielten. Der furchtbar zugerichtete Bemben wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause geschafft, während Mutter, Tochter und Sohn nach dem Untersuchungsamt gebracht wurden. Die polizeiliche Untersuchung förderte unerwartete Tatsachen an den Tag. So wurde festgestellt, daß Bemben, der noch nebenbei als Maurer beschäftigt war, ein notorischer Trinker und Radaumacher war, wobei er seine Frau und Kinder öfters schlug. Auch wurde festgestellt, daß sich Bemben an seiner Tochter wiederholt geschlechtlich vergangen hat. Die letztere, zur Verzweiflung gebracht, wollte sich einige Tage vorher vergiften, wurde jedoch dabei gehindert. Nun wollte sie sich ihres tierischen Vaters auf diese Weise entledigen.

Gewerkschaftliches.

Sprechstunden des Gewerkschaftssekretärs der Deutschen Abteilung, Petrikauer 109: Werktäglich von 9 bis 1 Uhr und von 3.30 bis 7.30 Uhr abends.

Die Sektion der Reiger, Scherer, Andreher und Schlichter bei der Deutschen Abteilung des Klassenverbandes, Petrikauerstr. 109, erteilt Auskunft in Berufsfragen jeden Dienstag und Donnerstag von 6 bis 8 Uhr abends. Dortselbst sind auch freie Stellen anzumelden.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens

Lodz-Zentrum.

Achtung, Mitarbeiter bei den Wahlen!

Heute, Freitag, den 23. September, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokale, Petrikauer 109, eine Zusammenkunft aller Mitarbeiter bei den Wahlen statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Sache wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.

Achtung, Radler!

Am Sonntag, den 25. September, um 10 Uhr vormittags, findet im Parteilokale, Petrikauer 109, eine Zusammenkunft der Radler statt. Es wird um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Lodz-Zentrum. Männerchor! Heute, am 23. September l. J., um 8 Uhr abends, findet im Parteilokale, Petrikauer Straße 109, die übliche Gesangstunde statt. Das Erscheinen aller Sänger ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Jugendbund

der D. S. A. P.

Lodz-Zentrum. Morgen, Sonnabend, den 24. d. M., um 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Petrikauer 109, ein gemütliches Beisammensein statt. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

Lodz-Zentrum. Schachsektion. Am Sonntag, den 2. Oktober, 9 Uhr vormittags, findet im Parteilokale, Petrikauer 109, eine Versammlung der Schachsektion statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Obmann.

Lodz-Zentrum. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 15. Mai l. J., verlieren die Mitglieder, die den Beitrag bis zum 30. September l. J. nicht entrichten, ihr Anrecht auf die Mitgliedschaft beim Jugendbund. Der Vorstand.

Warschauer Börse.

Dollar 8.91

	22 Sept.	21. Sept.		22 Sept.	21. Sept.
Belgien	—.—	124 58	Prag	26.51	26.51
Holland	358 55	358.65	Zürich	172.47	172.48
London	43.52	43.52	Italien	48.78	48.78
Neuyork	8.93	8.93	Wien	126 60	126.07
Paris	35.09	35.08			

Auslandsnotierungen des Zloty.

Am 22. Sept. wurden für 100 Zloty gezahlt:

London	43 50	Danzig	57 58—57.72
Zürich	58.00	Auszahlung auf	
Berlin	46.825—47.225	Warschau	57.53—57.67
Auszahlung auf		Wien, Schecks	79.08—79.36
Warschau	46 90—47.10	Banknoten	78.02—79.42
Kattowitz	46 85—47.05	Prag	377.30
Posen	46.85—47 05		

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Ott. L. Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Büro
der Sejmabgeordneten und Stadtverordneten der DSAP
Lodz, Petrikauer 109
rechte Offizine, Parterre

Auskunftsstelle für Rechtsfragen, Wohnungsangelegenheiten, Militärfragen, Steuersachen u. dergl., Anfertigung von Gesuchen an alle Behörden, Anfertigung von Gerichtsklagen, Uebersetzungen.

Der Sekretär des Büros empfängt Interessenten **täglich** von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr, außer Sonn- und Feiertagen.

Missionsspende.

Die evangelische Heidenmission ist in neuerer Zeit vor neue große Aufgaben getreten. Diese erfordern neue Mittel. Neue Anforderungen werden an das evangelische Christenvolk gestellt. Doch sind es zunächst nur kleine Kreise, die für die Sache der Heidenmission eintreten. In der St. Trinitatiskirche verdient ein Frauenkreis Anerkennung, der neben Armenunterstützung sich besonders für die Sache der Mission interessiert. Aus Anlaß seines 23. Stiftungsfestes spendete dies Missionskränzchen für die Hermannsburger Heidenmission 250 Zloty. Den werten Damen für diese Gabe bestens dankend, wünscht mit denselben Unterzeichneter, daß weitere Kreise unseres Gemeindevolkes sich der Missionssache zuwenden möchten. Pastor G. Schedler.



Freitag, den 23. September.

Polen

Warschau 1111 m 10,5 kW 12 Zeitzeichen, Luftschiffahrts- und Wetterbericht, Pressedienst; 15 Wirtschafts- und Wetterbericht; 17 Prof. Dzwonkowski: „Schöpfer der Renaissance des heutigen Italiens: Garibaldi“; 17.25 E. Szummer: „Die polnischen Karaime in den östlichen Provinzen“; 17.50 Bekanntmachungen; 18 Nachmittagskonzert; 19 Pressedienst; 19.15 Verschiedenes; 19.35 Vortrag: „Sport und Körpererziehung“; 20 Landwirtschaftsbericht; 20.30 Abendkonzert; 22 Bekanntmachungen, Luftschiffahrts- und Wetterbericht, Zeitzeichen, Pressedienst.

Posen 280,4 m 1,5 kW 13 Landwirtschafts- und Handelskurse; 14 Börsenkurse; 17.30 Schallplattenkonzert; 19 Verschiedenes; 19.10 Vortrag; 19.35 Wirtschaftsbericht; 19.55 Radiotechnische Plauderei.

Krakau 422 m 1,5 kW 17.25 Kinderstunde; 19 Verschiedenes; 19.10—19.55 Vorträge; 20 Sportbericht.

Ausland

Berlin 483,9 m 9 kW 17 Unterhaltungsmusik; 20.30 Zur Unterhaltung; 22.30 Serenaden.

Breslau 322 6 m 10 kW 16.30 Musikalische Gedenkblätter; 19.50 Heiterer Abend.

Königswusterhausen 1250 m 18 kW 15 „Einführung in die musikalischen Gattungen: Oper und Musikdrama“; 16 „Die kritischen Tage im Leben der Frau“; 17 „Zum 40. Todestage Fr. Theodor Vischers“; 17.30 „Der Dichter als Gestalt und Symbol, eine Geschichte des literarischen Ruhms“; 18 „Was sind Edelstähle?“; 20.30 Uebertragung von Berlin.

Langenberg 468,8 m 60 kW 13.10 Mittagskonzert; 16.30 Kinderfunk; 17 Jugendfunk; 17.35 Orchesterkonzert; 20.30 Fröhliches Allerlei.

Hamburg 394,7 m 9 kW 20 Volkstümliches Konzert.

Frankfurt 428,9 m 10 kW 20.15 Bunter Abend.

Leipzig 365,8 m 9 kW 22.15 Funkbrettl.

München 535,7 m 12 kW 21 „Tor und Tod“.

Wien 517,2 m 28 kW 11 Vormittagsmusik; 16.15 Nachmittagskonzert; 20 „Der Opernball“.

Moskau, Komintern 1450 m 12 kW 19.30 Kammermusik.

Rom 449 m 3 kW 21 Einakter.

Radio-Paris 1750 m 12 kW 20.30 „Der König von Ys“.

Brünn 41,2 m 3 kW 19.15 „Wilhelm Tell“.